

GEORG

FORSCHUNG UND LEHRE

Studentenschaft
der TH Darmstadt
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Hochschulstraße 1
6100 Darmstadt

1. Die Situation heute

"Die Freiheit der Forschung und Lehre ist für die Hochschulen unerlässlich und muß beibehalten werden."

"Für eine auf objektive Erkenntnisse fußende Entscheidung ist eine wertfreie Wissenschaft Grundvoraussetzung"

so jedenfalls tönt es aus den sonntäglichen Festreden *der Politiker und Ordinarien*

ad.1

In der Praxis ist es so, daß die Lernenden keinen Einfluß auf den Inhalt des Lehrstoffes haben. Auch die Lehrenden selbst haben, aufgrund ökonomischer Wertungsinteressen, nicht die Möglichkeit die Forschungsinhalte - die sich auch auf die Lehre auswirken - vollständig selbst zu bestimmen. Die von der Forschung betroffenen Bürger haben überhaupt keine Mitsprachrechte mehr über Entscheidungen, was und wie geforscht und gelehrt wird.

*Freiwilligkeit
das stelle
in der das
Laufe soll
Vorgangheit*

ad.2

"wertfreie Wissenschaft". Schnell kommt man hier zu dem Schluß, daß wertfreies Handeln nicht möglich ist. Handlungen unterliegen Wertvorstellungen, Randbedingungen und Zielsetzungen, da sie in einem sozialen Kontext erfolgen. Beide Forderungen, nach der "Freiheit der Forschung und Lehre" und nach einer "wertfreien Wissenschaft" dienen nur dazu, die wahren (Interessen)verhältnisse an den Hochschulen zu verschleiern. Diese Interessen werden geprägt durch:

basieren für mich hier

- Profitorientierung
- Überheblichen Vorstellungen über die Un-

Verhältnisse

mündigkeit der Bevölkerung

- Allmächtigkeitsvorstellungen der Wissenschaftler.

← einfüge:
Sozialungsprozess!

Die Hochschule stellt sich ~~also~~ als eine hierarchische Institution dar, die ihre wahre Interessengebundenheit verbirgt. Demokratische Forderungen nach Gleichheit von Lehrenden und Lernenden fallen dabei ebenso unter den Tisch wie Forderungen nach dem Dialog über Werte und Zielvorstellungen mit dem die Hochschule finanzierenden Volk.

5

Die defakto Aufhebung des BAFÖG's, die immer weiter fortschreitende Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Hochschulbereich, die immer weitere Einschränkung demokratischer Mitbestimmungsrechte führen zu einer Zementierung dieser Zustände. Studienreformen werden in diesem Zusammenhang nur noch betrieben, um kapitalkonforme Lehrinhalte (Berufsvorbereitung) zu etablieren.

Zu Zeit sind an den Hochschulen verstärkt Bestrebungen im Gange, -als Antwort auf die hochkomplexen Zusammenhänge sozialer, wirtschaftlicher und technischer Art- möglichst große "Forschungsschwerpunkte" einzurichten. Deren Forschungsziele sollen ausschließlich aus der Zusammenarbeit von Großindustrie und Forschungskapazität an der Hochschule definiert werden. Es wird dabei frei nach dem Motto verfahren: "Was das Sozialprodukt steigert, was gewisse "Schlüsseltechnologien" voranbringt, (in welche Richtung auch immer), nützt auch der Bevölkerung. Geisteswissenschaftliche Kenntnisse werden in diesen Zusammenhängen nur noch dann hinzugezogen, wenn sie in der Lage sind, die Legitimationsdefizite der

r (jute disziplinäre)

Anwendung von Natur- und Ingenieurwissenschaften zu kaschieren.

In diesem Zusammenhang ist dann auch die Forderung profitorientierter Gruppen der Gesellschaft nach interdisziplinärer Ausbildung zu sehen. Innerhalb solcher Großprojekte wird die "fachübergreifende" Fähigkeit zu Kommunikation ebenso benötigt, wie die Fähigkeit zu "sozial-management".

Reflexions-
wissen
Wissens-
Robert (M.S.)?

2. Anforderungen und Utopie

Wir setzen dem heute eine Hochschulutopie entgegen, die auf den "Wünschen und Bedürfnissen vieler Menschen innerhalb und außerhalb der Hochschulen basieren. Die Hochschulen müssen sich gesellschaftlichen Spannungsfeldern stellen und sich am gemeinsamen Diskurs beteiligen.

Handlungsbedarf hierzu gibt es genügend!

Hier nur eine Auswahl:

a) Umweltkrise

b) Wirtschaft

- Arbeitslosigkeit, Rationalisierungseffekte und Arbeitsplatzbedingungen
- Probleme der "3. und 4. Welt"
- andauernde Aufrüstung in allen Ländern
- prinzipielle Störanfälligkeit zentraler Großstrukturen

- Verlust der politischen und ethischen Kontrolle über technologische Entwicklungen

(c) Sozialleben

- Industrialisierung zwischenmenschlicher Beziehungen mittels Dukt Technologie
- Kommerzialisierung sozialer Aufgaben

Dukt-Technologie
Kommunikationstechnik

Die Fragestellungen, die aus diesen Problemen resultieren und die Bearbeitung dieser Fragestellungen müssen dabei in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen vorangetrieben werden. Wissenschaft darf sich dann nicht länger

als "objektiver" Antwortengeber auf nicht gestellte Fragen betrachten und muß endlich aus ~~seiner~~ Rolle als Herrschaftsinstrument ^{# ihrer} herausfinden.

Die Hochschule stellt sich dann als eine offene, diskursfähige^α Institution dar, die insofern einen Bildungsauftrag hat, als sie dazu beiträgt, daß die Bürger ihre Rechte auf Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten, auf Kompetenz und Mitsprache~~rechte bei Entscheidungen, die wirklich jeden angehen~~ zurückverlangen.

Sie muß dann dazu beitragen, daß Wechselwirkungen zwischen Technologie, Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft (und gesellschaftlichen Wertvorstellungen) offenbar werden.

^α d.h. Sie muß auch in der Lage sein sich selbst in Frage zu stellen

I Sozialschafft
Kritik !

3. Schritte in die richtige Richtung

3.1. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Hochschule vom Zwang zu kapitalorientier Forschung befreit wird.

a)

Die Grundausrüstung/finanzierung ist derart auszulrgen (d.h. zu erhöhen), daß ein geregelter Lehr- und Forschungsbetrieb auch ohne Einwerbung von Drittmitteln möglich ist.

b)

Kooperationsverträge zwischen privatwirtschaftlichen Organisationen und den Hochschulen sind, aufgrund des dann herrschenden Kapitalverwertungsdruckes abzulehnen.

gerne definieren

arbeiten und Vorarbeiten

c) Alle Forschung an ^{die} ~~ist~~ Hochschulen beteiligt ~~und~~ muß ^{auswärtige} veröffentlicht werden.

d. h. es

Drittmittelforschung ist auf solche Projekte zu beschränken, die auch Arbeitnehmer und Bürgerinitiativen bei der Forschungsdefinition und Durchführung Mitspracherechte haben.

3.2.

Es dafür zu sorgen, daß die Hochschule in geeigneter Form mit vielen Bevölkerungsgruppen in einen Diskurs (entspr 2.) tritt.

a)

Wissenschaftsläden, die außerhalb der Hochschule angesiedelt sind, könnten als Verknüpfungstellen zwischen Bevölkerung und Hochschule dienen. Dabei ist darauf zu achten, daß der Hochschule nicht einfach nur Sachfragen gestellt werden, die sie dann in ihrer allwissenden Kompetenz beantwortet, sondern daß auch die Wertvorstellungen, Randbedingungen und Zielsetzungen aller Beteiligten offenbar sind.

- Wissenschaftsläden die in diesem Sinne arbeiten sind zu fördern.

b)

Die Hochschule muß sich auch für neue Bevölkerungsgruppen öffnen (Arbeitslose, Alte, Weiterbildung). Dabei ist darauf zu achten, daß es sich nicht um eine reine "Berufsvorbereitung" handelt, sondern daß die Hochschule ihren Bildungsauftrag (entsprechend 2.) dabei wahrnimmt.

- neue Studiengänge, die in diesem Sinne konzipiert sind, sollen gefördert werden.

3.3

Die Studienpläne sind dahingehend umzugestalten, daß die Hochschule ihren Bildungsauftrag (entspr. 2.) wahrnehmen kann.

- Es müssen in allen Fachgebieten Diskurse über Wertvorstellungen, Randbedingungen und Zielsetzungen stattfinden.

(Dies ist natürlich nicht nur ein Problem von Verordnungen, sondern auch ein Problem des Bewußtseinsstandes der Hochschulangehörigen.)

- ~~Diplomstudiengänge~~ Die Diplomstudiengänge, die nur ein fremdbestimmtes Lernen mit Zielsetzung Berufsvorbereitung ermöglichen können, sind schrittweise abzubauen.

3.4.

Das HRG/HHG ist im Sinne des unter 2. genannten Bildungsauftrages und der Verpflichtung zum Diskurs mit der Bevölkerung umzugestalten.

3.5.

(Forschung)

Die Förderung von Schwerpunkten soll nur dann erfolgen, wenn ihre Definition und ihre Durchführung ständig mit der interessierten und betroffenen Bevölkerung abgestimmt wird.

← Professors wisse

3.6.

Nischen sind gezieht zu schaffen für
Forscher/innen

- die in bisherungewohnter Art und Weise
an (neue) Fragestellungen herange-
gangen sind
- die ihre Werte und Ziele im Zusammen-
hang mit Bürgerinitiativen und gewerk-
schaftlichen Gruppen definieren
- die aber aufgrund der verknöcherten
Berufungspolitik an den Hochschulen
bisher nicht zum Zuge kommen.

Späure

Berufungskommissionen etc

mehr noch